



Presseinformation

26.09.2008
Seite 1 von 2

Bauministerkonferenz beschließt: Neue Verteilung der Städtebaufördermittel zwischen Ost- und Westdeutschland und mehr Mittel für den Klimaschutz

Stephan Heuschen
Pressesprecher
Telefon 0211 3843-1015
stephan.heuschen@
mbv.nrw.de

Gelsenkirchen. Die Bauminister der Länder haben am Freitag (26. September) ein vereinfachtes Konzept zur fairen Verteilung der Städtebaufördermittel des Bundes vorgestellt. Kernforderung dabei ist ein einheitlicher Verteilerschlüssel, der die regionalen Strukturprobleme berücksichtigt. Neue und alte Bundesländer sind sich einig *darin*, dass die überfällige Verschiebung der Fördermittel zugunsten des Westens Grundlage der Mittelverteilung in den nächsten Jahren sein sollte. Während im vergangenen Jahr noch 56 % der Gelder in die neuen Länder flossen, sind es 2008 nur noch 46 %. „Damit ist ein großer Schritt gelungen, die Mittel nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern nach der Problemdichte zu verteilen. Alle Länder erhalten damit mehr Planungssicherheit“, sagte der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Nordrhein-Westfalens Bauminister Oliver Wittke, in Gelsenkirchen. Gleichzeitig müsse der Bundesansatz von 700 Millionen Euro für die Stadtentwicklung in Zukunft mindestens stabil bleiben.

Mirjam Grotjahn
Stv. Pressesprecherin
Telefon 0211 3843-1017
mirjam.grotjahn@
mbv.nrw.de

Fax 0211 3843-9005
www.mbv.nrw.de

Ausgangspunkt des Konzeptes ist die stärkere Problemorientierung der Bundesförderung über Programme wie Soziale Stadt, Stadtumbau oder Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Damit sich daraus nicht mehr Bürokratie und endlose Streitigkeiten über die gerechte Verteilung der Mittel zwischen den Ländern entwickeln, sollen nach den Plänen der Landesminister über den Bevölkerungsanteil hinaus Bevölkerungsverluste, Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil und überdurchschnittlicher Anteil von Menschen über 65 Jahren zu Kriterien werden.

Für den Investitionspakt zur Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden soll der Bund im kommenden Jahr erneut 200 Millionen bereitstellen, forderten die Ressortchefs der Länder. „Dieses Programm für die energetische Sanierung zum Beispiel von Kindergärten und Schulen wird dringend gebraucht. Es darf kein Strohfeuer sein“, betonte Wittke. Die Anträge in den Ländern zeigten, dass die 200 Millionen Euro aus diesem Jahr bei weitem nicht ausreichten: Bis zu sieben Mal mehr Mittel als zur Verfügung stehen würden gebraucht.

Den Tagungsort Gelsenkirchen hatte Minister Wittke bewusst gewählt:



„Der Transformationsprozess der alten Industrielandschaft Ruhrgebiet mit all seinen Herausforderungen lässt sich hier bestens dokumentieren. Trotz erheblicher finanzieller Schwierigkeiten der Städte ist es gelungen, eine Region mit Lebensqualität, Landschaft und Industriekultur zu schaffen. Nicht zuletzt diese Voraussetzungen haben es ermöglicht, den größten deutschen Ballungsraum zur Kulturhauptstadt Europas 2010 zu ernennen.“